

Aktuelles aus der psychosozialen Fach- und Berufspolitik der DGVT und des DGVT-BV

Ausgabe 4/2018 – 19. Juni 2018



Inhalt

- » Aus der DGVT
- » Berichte aus den Ländern
- » Fach- und berufspolitische Informationen
- » Informationen zum 121. Deutschen Ärztetag
- » Kleine Anfragen im Bundestag
- » Niedergelassene
- » Kostenerstattung
- » Regionales
- » Termine – DGVT-Fortbildung
- » Termine – DGVT-BV-Fortbildung
- » Termine der Landesgruppen

Aus der DGVT

- **Neue Versorgungsformen für die ambulante Psychotherapie: Was bringen die Öffnungen der Regelversorgung, die die Gesundheitsreformen der letzten 20 Jahre mit der Integrierten Versorgung und anderen Schlagworten ermöglichen sollten?**
DGVT und DGVT-BV beschäftigen sich seit über 10 Jahren mit den Möglichkeiten und Grenzen neuer Versorgungsformen in der Psychotherapie, die die Gesundheitsreformen seit Ende der 90er Jahre eröffnet haben. Neben einer ersten Expertise zu diesem Thema, die Wolfgang Bürger im Jahr 2010 angefertigt hat, gab es regelmäßige interne und öffentliche Fachveranstaltungen zu diesem Themenbereich, u.a. bei den DGVT-Kongressen. Im Jahr 2015 wurde schließlich erneut eine größere Untersuchung zu diesem Komplex in Auftrag gegeben. Nachfolgend sind die Internetbeiträge zu diesem Themenkomplex wiedergegeben. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **DGVT-Stellungnahme zum Welt Nichtrauchertag: Kein Herz für den Qualm**
Die DGVT forderte anlässlich des Welt Nichtrauchertags am 31.5.2018 erneut alle Bundestagsabgeordneten dringend auf, den Gesetzentwurf zur Einschränkung von Tabakwerbung noch in dieser Legislaturperiode zu beraten und zu verabschieden. Nur so kann der Verantwortung für den Präventionsgedanken nachgekommen werden. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Psychotherapie-Verbände: Ausbildungsreform muss auch die Weiterbildung regeln**
19 psychotherapeutische Verbände (u. a. die DGVT) veranstalteten am 7. Juni 2018 in Berlin gemeinsam eine Fachtagung mit dem Thema „Koordinierende Weiterbildungsinstitute als zentraler Baustein einer Ausbildungsreform“. In seltener Geschlossenheit plädieren psychotherapeutische Verbände für eine qualitativ hochwertige Weiterbildung im Rahmen der geplanten Ausbildungsreform. Die Reform dürfe nicht auf halber Strecke stecken bleiben. In dem Entwurf des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) bleibt der Bereich der Weiterbildung – vergleichbar mit der Facharzt-Weiterbildung bei den Medizinern – allerdings ausgespart. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **PiA-Protest zur Unterstützung der Ausbildungsreform mit Petitionsübergabe an den Gesundheitsausschuss am 6.6.2018 in Berlin**
Am 6.6. wurden die Psychotherapeut*innen in Ausbildung (von der DGVT waren Benjamin Seifert und Mechthild Leidl dabei) von Erwin Rüdell und mehreren weiteren Abgeordneten des Ausschuss für Gesundheit im Paul-Löbe-Haus empfangen und haben ihre 22 515 Unterschriften für eine baldige Reform des PsychThG übergeben. Transparente und Protestlieder begleiteten die Übergabe vor dem Paul-Löbe-Haus des Bundestags. Das Ärzteblatt berichtete unter. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Berichte aus den Ländern

- **Bericht der DGVT-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen**
Bei der regionalen Mitgliederversammlung am 14. März in Dortmund hat sich ein neues Landessprecher*innen-Team gebildet. Gewählt wurden Stefan Engelbrecht (PP, Leiter der Ambulanz des Ausbildungszentrums Bielefeld), Nina Engstermann (PP, Mitglied der Aus- und Weiterbildungskommission), Oliver Kunz (PP, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands von DGVT und DGVT-BV) und Karolin Stengel (KJP, Sprecherin der Fachgruppe DGVT-Fachgruppe KiJu).
Neben den anlaufenden Planungen für die Kammerwahl NRW im kommenden Jahr beginnen die Landessprecher*innen mit der Organisation zukünftiger DGVT-Treffen und regionaler Fortbildungen. So werden aktuell in Zusammenarbeit mit den Verbänden bvvp, DGPT und VPP weitere Veranstaltungen mit der KV Nordrhein geplant. In diesem Rahmen werden im November zwei kostenlose Fortbildungen zu den Themen „Wie lese ich meine Abrechnungsunterlagen (inkl. Befugnisserweiterungen mit Erläuterung der Vordrucke)“ und „Kooperationsmöglichkeiten in der psychotherapeutischen Praxis“ in den Räumen der KV in Düsseldorf stattfinden.
Gerne können sich Mitglieder mit ihren Anliegen oder Ideen zu weiteren Treffen und Veranstaltungen bei den Landessprecher*innen oder über nrw@dgvt.de melden.

Fach- und berufspolitische Informationen

- **Bundeskabinett: Entlastung für Versicherte beschlossen**
Spahns erstes Gesetzespaket hat das Kabinett passiert. Im Vergleich zum ersten Aufschlag enthält es einen Kompromiss in Sachen Kassenüberschüsse. Zudem lässt die Bürgerversicherung grüßen: Zeit-soldaten sollen Beitragszuschüsse statt Beihilfe erhalten. (...)
Das Versichertenentlastungsgesetz im Detail:
 1. Parität: Den Löwenanteil der Entlastung trägt die paritätische Finanzierung des Zusatzbeitrags ab Januar 2019. Rund 6,9 Milliarden Euro verbleiben damit in den Taschen der Versicherten.
 2. Kleine Selbstständige: Kleinunternehmen sollen von einer Halbierung der Mindestbemessungsbeiträge profitieren. Damit halbiert sich auch der Mindestbeitrag, und zwar auf 171 Euro ab 2019.
 3. Beitragsschulden: Die Kassen führen fiktive Beitragsschulden in erheblicher Höhe in ihren Büchern. Grund sind ungeklärte Mitgliedschaften. Künftig soll gelten: Wenn ein Mitglied nur noch

als "Karteileiche" existiert, sollen die Kassen die Mitgliedschaft beenden können. Zuweisungen aus dem Risikostrukturausgleich müssen an den Fonds zurückgezahlt werden.

4. Altersrückstellungen: Der Aktienanteil an Anlagen, mit denen die Krankenkassen ihre betriebsinternen Altersrückstellungen absichern, wird von 10 auf 20 Prozent erhöht. Das entspricht Regelungen im Versorgungsrücklagegesetz des Bundes.
5. Soldat*innen: Ehemalige Zeitsoldat*innen sollen ab 1. Januar ein einheitliches Beitrittsrecht zur freiwilligen Versicherung in der GKV haben. Nach Ende ihrer Dienstzeit erhalten sie einen Zuschuss zu den Beiträgen, der anstelle der bisherigen Beihilfe geleistet werden soll. (...)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **CSU-Landtagsfraktion legt Änderungen zum Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz vor**

Die CSU-Landtagsfraktion hat Änderungen zum umstrittenen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) auf den Weg gebracht. Nach der Kritik von Opposition und Sozialverbänden verzichtet die Fraktion in dem geänderten Gesetzentwurf unter anderem auf die Einführung einer Zentraldatei zur Erfassung sämtlicher zwangsweise in der Psychiatrie untergebrachten Patient*innen.

Inzwischen liegt der CSU-Antrag zur Änderung des Gesetzentwurfes im Landtag vor und die Fachleute, die Verbände und die Betroffenenorganisationen sind überrascht und erfreut: Fast alle ihrer Forderungen, die zuvor im Aktionsbündnis BayPsychKHG abgestimmt worden waren, sollen umgesetzt werden.

Einige Stichworte zu den vorgesehenen Änderungen am Entwurf:

- klare Trennung zum Maßregelvollzug für psychisch kranke Straftäter*innen
- Einfügung einer Präambel, die u.a. betont, dass Entstigmatisierung das Ziel des Gesetzes sei und dass Hilfe im Vordergrund des Gesetzes stehen wird
- völliger Verzicht auf Unterbringungsdatei
- Stärkung der Stellung von Besuchskommissionen

Das ist ein schöner Erfolg für alle Beteiligten, und es war sicher wertvoll, dass viele Einzelpersonen, Institutionen und Verbände (u. a. die DGVT) sich beteiligt haben und die Politik, insbesondere die CSU und die Gesundheitspolitiker dort, mit ihren Stellungnahmen in Bedrängnis gebracht haben.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **IKK-Broschüre: Basis- und Finanzdaten zum Gesundheits- und Kassenwesen** Wie entwickelt sich die Einnahmenstruktur der GKV seit 2009? Wie gestalten sich die Leistungsausgaben bei den Innungskrankenkassen bzw. ihren Mitbewerbern? Wie hoch sind die Fondszuweisungen zur Deckung der Leistungsausgaben je Kassenart seit 2010? Diese und weitere Informationen fasst die Broschüre „Zahlen, Daten und Fakten“ des IKK e.V. zusammen, die soeben in aktualisierter und erweiterter Form erschienen ist. Das 52-seitige Kompendium berücksichtigt die neuesten Daten aus dem Jahr 2017. Es richtet sich an Akteure des Gesundheitswesens, Politik- und Medienvertreter sowie an der Branche Interessierte. Schwerpunktthema der Broschüre ist in diesem Jahr „Delegation, Substitution und Kooperation. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Prüfung der Gleichwertigkeit von Diplomen ausländischer Ärzt*innen an zentraler Stelle bündeln**

Der Marburger Bund fordert die Bundesländer auf, die zentrale Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe (GfG) auszubauen und mit der Annahme und Bescheidung von Anträgen ausländischer Ärzt*innen aus sogenannten Drittstaaten auf Prüfung der Gleichwertigkeit ihrer Berufsqualifikation zu beauftragen. Auch sechs Jahre nach Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes könnten ausländische Ärzt*innen mit Drittstaatenabschluss vielerorts ihre Anträge auf Anerkennung ihrer Ausbildung nicht bürokratiearm bei der zuständigen Behörde des jeweiligen Bundeslandes einreichen und bearbeiten lassen, kritisierte die 133. Hauptversammlung des größten deutschen Ärzteverbandes. Die zentrale Gutachtenstelle sei so auszubauen, dass sie alle Anträge auf Anerkennung ärztlicher Grundausbildungen vollständig bearbeiten und fristgerecht bescheiden könne. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Psychische Belastungen: Ärzte fordern gesetzliche Grundlage für „Arbeitsminderung“**

Der Marburger Bund hat den Gesetzgeber aufgefordert, psychisch belasteten Arbeitnehmern die Möglichkeit zu geben, für eine begrenzte Zeit weniger zu arbeiten. Dazu müsse die gesetzliche

Grundlage für eine ärztliche Bescheinigung der „Arbeitsminderung“ bei vorübergehender Minderung der Arbeitsfähigkeit geschaffen werden. „Speziell bei psychischen Störungen, insbesondere Depressionen, gibt es wiederholt das Problem, dass eine Krankschreibung eher zu einer Verstärkung der Symptomatik führt und bezüglich der Heilung kontraproduktiv ist. Oft kommt auch die Angst um den Arbeitsplatz dazu. Dem kann mit einer ‚Arbeitsminderung‘ begegnet werden. Tagesstruktur und sozialer Kontakt bleiben erhalten“, heißt es in einem Beschluss der 133. Hauptversammlung des Verbandes der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Aktionsbündnis Patientensicherheit veröffentlicht Handreichungen zu Gesundheits-Apps**
Das Aktionsbündnis Patientensicherheit (APS) hat zwei Handreichungen zu Gesundheits-Apps herausgegeben. Denn deren Sicherheit ist umstritten und allgemeine Kriterien zur Orientierung fehlen häufig. „Wir haben hier Handlungsbedarf gesehen und eine Checkliste zu Gesundheits-Apps erstellt, mit der Patient*innen prüfen können, welche digitalen Angebote sicher sind und welche weniger“, sagt Hardy Müller, Geschäftsführer des APS. Zudem gibt es eine neue Handlungsempfehlung für das Risikomanagement in Gesundheitseinrichtungen. „Mittlerweile sind viele Prozesse im Gesundheitswesen – wie etwa das Risikomanagement – digitalisiert. Eine sichere Anwendung und auch der momentane Ausbau erfordern Kenntnisse und eine besondere Sorgfalt“, so Müller. Zur Unterstützung dieser Aufgaben hat das APS die neue Handlungsempfehlung entwickelt, mit der die aktuellen Herausforderungen im Risikomanagement beschrieben werden und die Anwender*innen konkrete Hilfen zur sicheren Handhabung erhalten. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Umfrage zu Einstellungen von Behandler*innen gegenüber mobilen Anwendungen (Apps) bei der Behandlung von psychischen Störungen**
Unter Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Gaebel, dem Vorsitzenden des Aktionsbündnisses, wurde an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf eine Umfrage zu Einstellungen von Behandler*innen gegenüber mobilen Anwendungen (Apps) bei der Behandlung von psychischen Störungen und speziell von Depressionen entwickelt.
Die Teilnahme an der Umfrage dauert nur 5 bis 10 Minuten. Diese Umfrage ist völlig anonym. Alle Daten sind gemäß der Datenschutzrichtlinie geschützt. Daten werden nicht an Dritte weitergegeben. Diese Studie wurde von der Ethikkommission der Medizinischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf genehmigt. Ihr Beitrag liefert wichtige Erkenntnisse zu Erfahrungen und Meinungen von Behandler*innen zu E-Mental Health Interventionen.
Zur Umfrage [hier](#).
- **iga.Report 35 zu Gendergerechtigkeit in der betrieblichen Prävention**
Sind Ressourcen und Belastungen unterschiedlich auf Frauen und Männer verteilt? Wie werden gesundheitliche Risiken für das jeweilige Geschlecht wahrgenommen und wie können wirksame Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden, um die Gesundheitschancen ausgewogen zu gestalten? Diesen Fragen geht der iga.Report 35 nach. Der Report richtet sich an Personen, die daran interessiert sind, Diversity unter dem Gesichtspunkt von Gender in der betrieblichen Gesundheitsförderung und Prävention umzusetzen. Im Report wird ein Ansatz vorgestellt, wie Anerkennung und Chancengleichheit integriert werden können. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Kategorie Geschlecht bzw. Gender. Anhand eines Standardprozesses sowie einzelner Beispiele wird praxisnah erläutert, wie Ziele entwickelt werden können oder wie in einzelnen typischen Phasen konkret vorgegangen werden kann. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Verbandstag des Paritätischen: „Mensch, du hast Recht!“**
70 Jahre alt und doch brandaktuell – die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Weltweit sind Menschen von Willkür, Gewalt und Entrechtung betroffen oder bedroht. Doch auch hierzulande heißt es für den Paritätischen und seine Mitgliedsorganisationen: Sich täglich um die Einhaltung, die Umsetzung und den Schutz der Menschenrechte einzusetzen.
Rund 300 Teilnehmer*innen tauschten sich zu konkreten Praxiserfahrungen aus, formulierten politische Forderungen und entwickelten gemeinsame Aktionsideen. In insgesamt über 20 themenspezifischen Workshops wurde intensiv diskutiert. Ein besonderes Highlight war der "Menschenrechtsrundgang", bei dem Paritätische Mitgliedsorganisationen Einblicke in ihre praktische Arbeit gaben. Inspi-

rierende Vorträge von Prof. Dr. Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, und von Prof. Dr. Nivedita Prasad („Soziale Arbeit: Eine Menschenrechtsprofession“) rundeten das Programm ab. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Paritätischer bewertet Armutsquoten**

Als Ausdruck verteilungspolitischen Versagens bewertet der Paritätische Wohlfahrtsverband die aktuellen Armutsquoten des DIW, nach denen die Armut in Deutschland auf 16,8 Prozent und damit einen neuen traurigen Rekordstand gestiegen ist. Der Verband kritisiert, dass das Thema Armutsbekämpfung im Koalitionsvertrag von Union und SPD so gut wie keine Berücksichtigung findet. Notwendig seien konsequente armutspolitische Maßnahmen und eine offensive Sozial- und Integrationspolitik für alle. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Bundesprogramm rehapro - Veröffentlichung Förderrichtlinie und erster Förderaufruf**

Die Förderrichtlinie und der erste Förderaufruf zum Bundesprogramm „Innovative Wege zur Teilhabe am Arbeitsleben - rehapro“ zur Umsetzung von § 11 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind seit Anfang Mai im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Beide Dokumente können [hier](#) (>Amtlicher Teil oder alternativ als Suchbegriff „rehapro“ eingeben) abgerufen werden.

Weiterführende Informationen zum Antragsverfahren finden Sie [hier](#).

- **Studie: Wenn im eigenen Umfeld andere ethnische Gruppen angefeindet werden, finden sich leicht Nachahmer*innen**

Ethnische Konflikte eskalieren oft überraschend schnell. Welchen Einfluss das Umfeld darauf hat, dass sich Menschen plötzlich feindselig verhalten, haben Forscher*innen kürzlich mithilfe von Experimenten untersucht. Dabei stellten sie fest, dass Anfeindungen gegenüber anderen ethnischen Gruppen deutlich mehr Nachahmer*innen finden als Anfeindungen gegen Mitglieder der eigenen sozialen Gruppe.

Ob in Bosnien, Liberia oder Ruanda – immer wieder brechen plötzlich gewalttätige Konflikte zwischen Volksgruppen aus, die lange friedlich zusammengelebt haben. Bisher gibt es keine befriedigende wissenschaftliche Erklärung, warum Aggressionen eine solche Dynamik entfalten können.

Jana Cahlíková vom Max-Planck-Institut für Steuerrecht und öffentliche Finanzen hat nun gemeinsam mit Kollegen aus Tschechien und der Slowakei ein neuartiges Experiment entwickelt, um zu testen, wie das soziale Umfeld feindseliges Verhalten gegenüber einer anderen ethnischen Gruppe beeinflusst. Die Ergebnisse der Studie wurden am 23. April 2018 im renommierten Fachjournal Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America (PNAS) publiziert. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **ZI: Etwa jedes dritte Medizinische Versorgungszentrum macht Verluste**

Etwa jedes dritte Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) musste im Jahr 2016 finanzielle Verluste hinnehmen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuell veröffentlichte Untersuchung des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung (Zi).

Demnach fuhren 32 Prozent der MVZ im Jahr 2016 Verluste ein. In der Untersuchung habe man danach unterschieden, ob ein MVZ von niedergelassenen Vertragsärzt*innen oder Dritten getragen wird. Unter den von vertragsärztlich betriebenen MVZ machten nur sechs Prozent Verluste.

Hinter den nicht-vertragsärztlichen MVZ stehen Träger wie etwa ein Krankenhaus oder eine Kommune. Bei diesen MVZ machten sogar 42 Prozent Verluste. Neben der Trägerschaft spielt auch der Standort eine Rolle. Überwiegend gut lief es demnach für MVZ, die ihren Standort in einer städtischen Region haben: Von ihnen machten 74 Prozent Gewinn.

In die Untersuchung gingen die Angaben von bundesweit insgesamt 376 MVZ ein, die von Juni bis Dezember 2017 an einer Online-Befragung teilnahmen. Die teilnehmenden MVZ befanden sich mit 44 Prozent vor allem in der Trägerschaft von Krankenhäusern. Der Anteil der von Vertragsärzten geführten MVZ lag bei 28 Prozent. Trägerkombinationen, wie etwa Krankenhaus und Vertragsärzte sind mit 22 Prozent ebenfalls recht häufig vertreten. Rund drei Prozent wurden von einer Kommune getragen, vier Prozent machten keine Angaben zur Trägerschaft. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- Krankenhaus Rating Report 2018**

Die wirtschaftliche Lage deutscher Krankenhäuser hat sich verbessert. Erhöhte Insolvenzgefahr bescheinigten die Autoren des jährlichen „Krankenhaus Rating Reports“ dieses Mal nur sieben Prozent der Kliniken – im Vorjahr waren es noch neun Prozent. Nur 13 Prozent der Krankenhäuser schrieben auf Konzernebene einen Jahresverlust. Das durchschnittliche Jahresergebnis stieg auf 2,8 Prozent der Erlöse (plus 1 Prozentpunkt). „Trotz guter Ertragslage bleibt die Kapitalausstattung der Krankenhäuser aber weiterhin unzureichend“, heißt es in dem Report des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), der beim Hauptstadtkongress präsentiert wurde, weiter. In den ostdeutschen Bundesländern war die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser erneut am besten, am schwierigsten in Niedersachsen, Bremen, Bayern, Hessen und Baden-Württemberg

Zusammenfassend sollte eine Gesundheitsagenda 2025 für die nächsten zwei Legislaturperioden folgende Ziele verfolgen: eine nationale Modernisierungsstrategie (darunter Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Robotik, Assistenzsysteme, elektronische Patientenakte, Fernbehandlung), die Stärkung der sektorenübergreifenden Versorgung (insbesondere in der Notfallversorgung), die Sicherung des Fachkräfteangebots für das Gesundheitswesen, eine höhere Priorität für Investitionen und die Förderung der Souveränität und Eigenverantwortlichkeit der Patient*innen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Prognos-Institut: Die Lebensumstände in Deutschland sind weitgehend gleichwertig – gemessen an 53 Indikatoren, die unter anderem Gesundheit, Arbeit und Freizeit berücksichtigen**

Seit 18.5.18 liegt "erstmal ein umfängliches Ranking zu den Lebensumständen in Deutschlands Regionen" vor, wie das Prognos-Institut betont. Es hat im Auftrag von "ZDFzeit" – auf statistischer Basis – alle deutschlandweit 401 Kreise und Städte analysiert. Dabei konnten diese je maximal 100 Punkte in den drei Kategorien "Arbeit & Wohnen", "Gesundheit & Sicherheit" sowie "Freizeit und Natur" erzielen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Broschüre „Vererben zugunsten behinderter Menschen“**

Der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm) hat seinen bewährten Rechtsratgeber „Vererben zugunsten behinderter Menschen“ erneut aktualisiert. Ausführlich wird in der Broschüre erläutert, welche erb- und sozialhilferechtlichen Aspekte bei der Gestaltung eines sogenannten Behindertentestaments zu beachten sind.

Die Broschüre steht im Internet unter www.bvkm.de in der Rubrik „Recht & Ratgeber“ kostenlos als Download zur Verfügung. Die gedruckte Version des Ratgebers kann für 1 Euro bestellt werden: bvkm, Brehmstr. 5-7, 40239 Düsseldorf, versand@bvkm.de, Tel.: 0211/64004-15. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Inklusionstage 2017**

Bei den letzten Inklusionstagen im Dezember 2017 haben rund 500 Personen teilgenommen und 37 Projekte wurden aus allen Teilen der Welt vorgestellt. In den insgesamt zwölf Foren konnte über deren Arbeit für inklusive Bildung, Beschäftigung, Katastrophenvorsorge oder Barrierefreiheit beraten und diskutiert werden.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat die Dokumentation veröffentlicht. Sie kann [hier](#) eingesehen werden.

Die Inklusionstage sollen 2018 am 19. und 20. November stattfinden.
- Gutachten zum G-BA veröffentlicht: „Keine verfassungsrechtliche Legitimation“?**

Es ist ein voller Erfolg für Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Andrew Ullmann (FDP). Monatelang hat er angemahnt, dass die Gutachten nicht öffentlich zugänglich seien. Zuletzt stellte Ullmann Anfang Mai einen Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz an das BMG. Darin forderte er die Herausgabe der Gutachten, nachdem die Regierungsfaktionen aus Union und SPD im Bundestag gegen den Antrag auf Veröffentlichung gestimmt hatten. Jetzt zahlt sich sein langer Atem aus.

Das Bundesverfassungsgericht hatte bereits in einer Entscheidung im Jahr 2015 Zweifel an der verfassungsrechtlichen Legitimation des G-BA geäußert. Nach erstem Überblicken der drei Gutachten sieht Ullmann diesen Zweifel bestätigt.

Erstellt haben die drei Gutachten Professor Dr. Ulrich M. Gassner (Universität Augsburg), Professor Dr. Thorsten Kingreen (Universität Regensburg) und Professor Dr. Winfried Kluth (Universität Halle-Wittenberg).

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Gesundheitssystem hat sich einer großen Studie zufolge zwischen 2000 und 2016 verbessert**
Das deutsche Gesundheitssystem hat sich einer großen Studie zufolge zwischen 2000 und 2016 verbessert. Deutschland sei jedoch nicht in der Spitzengruppe aller Länder, schreiben die Forscher nach Auswertung einer globalen Gesundheitsdatenbank. Sie gaben Deutschland für 2016 mit Blick auf die Qualität und den Zugang zum Gesundheitssystem 92 von 100 Punkten. Im Jahr 2000 waren es noch 86,1 Punkte.
Deutschland liegt weltweit auf Platz 18. Ganz oben auf der Rangliste stehen Island (97,1), Norwegen (96,6) und die Niederlande (96,1). Am Ende der Tabelle finden sich vor allem afrikanische Staaten, den schlechtesten Wert erhielt die Zentralafrikanische Republik (18,6).
Insgesamt haben sich die Qualität und der Zugang zu den Gesundheitssystemen weltweit verbessert. In einigen Ländern sei die Entwicklung aber langsamer geworden, während gleichzeitig neue Anforderungen an die Gesundheitssysteme gestellt würden – etwa weil Krebs und andere nicht-übertragbare Krankheiten öfter auftreten.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **GBA hält an Regel für "Ermächtigte" fest**
Ermächtigte Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen werden weitere vier Jahre entsprechend ihrem Tätigkeitsumfang pauschaliert auf den Versorgungsgrad angerechnet. Der entsprechende Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) ist nun in Kraft getreten. Laut GBA liegen für die ermächtigten Einrichtungen nach wie vor keine grundlegenden systematischen Informationen vor, "wer, mit welcher Qualifikation, an welchen Patienten, in welchem Umfang, welche Art von Versorgungsleistungen erbringt".
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **S3-Leitlinie „Diagnostik und Behandlung der Rechenstörung“ veröffentlicht**
Seit Ende Februar 2018 ist die o.g. Leitlinie auf der [Homepage der AWMF](#) veröffentlicht:
Die Süddeutsche Zeitung berichtete ausführlich zum Thema am 18.3.2018: Dyskalkulie "Uns geht da enormes Potenzial verloren".
Was ist ein simples Mathe-Problem und wo beginnt eine ernsthafte Rechenstörung? Was hilft den betroffenen Schülern? Der Kinder- und Jugendpsychiater Gerd Schulte-Körne erklärt, was die neue Leitlinie zur Dyskalkulie empfiehlt.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Neue S3-Leitlinie „Schmerz-Assessment bei älteren Menschen in der vollstationären Altenhilfe“**
Damit Ärzte*innen und Pflegekräfte Schmerzen bei Heimbewohnern besser erkennen, einschätzen und schließlich auch behandeln können, hat eine interdisziplinäre Expertengruppe eine [S3-Leitlinie](#) zum Thema „Schmerz-Assessment bei älteren Menschen in der vollstationären Altenhilfe“ entwickelt. Die wissenschaftliche Datenlage zum Thema Schmerz bei alten Menschen ist recht schlecht. Die meisten Empfehlungen der Leitlinie basieren daher weniger auf wissenschaftlichen Studien als auf den Erfahrungen der Leitliniengruppe.
Grundvoraussetzung für eine gute Schmerztherapie ist das Erkennen und Bewerten von Schmerzen im Rahmen eines regelhaften Assessments, das durch standardisierte Assessmentinstrumente unterstützt werden kann. Dies gilt, wegen ihrer Häufigkeit, vor allem für Bewohner der stationären Altenhilfe. Die Entwicklung einer S3-Leitlinie, die sich mit dem Schmerzscreening, dem Schmerzassessment und der Verlaufskontrolle bei Schmerzen beschäftigt, ist daher von zentraler Bedeutung. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **S2-Leitlinie Diabetes und Straßenverkehr: Fast alle dürfen ans Steuer**
Die sechs Millionen deutschen Diabetiker*innen mit Führerschein und ihre behandelnden Ärzt*innen atmen auf. Die neuen Leitlinien sagen: Fast alle Menschen mit Diabetes dürfen ans Steuer und zwar

auch beruflich in Taxis, Bussen oder LKWs. Hohe Blutzuckerwerte führen nicht zwangsläufig zu Fahrverboten, so das Ergebnis der S2e-Leitlinie „Diabetes und Straßenverkehr“. Aber auch für behandelnde Ärzt*innen bedeuten die neuen Leitlinien mehr Sicherheit. Ab sofort muss ein Arzt/eine Ärztin, der/die sich an die Leitlinien hält, keine Haftungsansprüche befürchten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Leitlinie Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS) ist konsentiert**
Die „Leitlinie Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS)“ wird demnächst seitens der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF) veröffentlicht werden. Die DGVT hat bereits den Leitlinienreport, die Kurzfassung der ADHS-Leitlinie sowie die Langfassung erhalten. Weitere Informationen finden Sie demnächst [hier](#).

Informationen zum 121. Deutschen Ärztetag vom 08. bis 11.05.2018 in Erfurt

- **121. Deutscher Ärztetag: Beschlüsse zu Prävention und Gesundheitsförderung**
Der 121. Deutsche Ärztetag hat eine Reihe von Entschlüssen zu Prävention und Gesundheitsförderung verabschiedet. Auch die Zuckersteuer und das Tabakaußenverbot waren Thema.
U.a. forderte der Ärztetag die Bundesländer auf, Gesundheitserziehung und Ernährung als Schulfach in den Lehrplan aufzunehmen. Die Ärzt*innen votierten darüber hinaus für ein gut verständliches Kennzeichnungssystem auf Lebensmittelverpackungen, die sogenannte Ampel. Sie soll Verbraucher in die Lage versetzen, Zucker- und Fettgehalt auf einen Blick zu erkennen.
Im Sinne eines „Policy-Mixes“ sprach sich das Ärzteparlament zudem für gesetzgeberische Maßnahmen wie eine Zuckerabgabe auf stark gesüßte Softdrinks aus.
In einer weiteren Entschlüsselung wird die Bundesregierung aufgefordert, dem Deutschen Bundestag den bereits in der letzten Legislaturperiode vom Kabinett verabschiedeten Gesetzentwurf für ein Verbot der Tabakaußenwerbung zur Abstimmung vorzulegen. Ein Werbeverbot leiste einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der Raucherprävalenz und der mit dem Tabakkonsum assoziierten Krankheits- und Todesfälle. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Deutscher Ärztetag beschließt Lockerung des Fernbehandlungsverbots**
Mit einem viel beachteten Beschluss des Deutschen Ärztetags über die Änderung der Musterberufsordnung Ärzte wird die ausschließliche Behandlung und Beratung von Patient*innen über Telefon und Internet unter bestimmten Bedingungen ermöglicht. Die Neuregelung muss allerdings noch in die Berufsordnungen der Landesärztekammern aufgenommen werden – das könnte bis zu zwei Jahre dauern. Weitere Informationen finden Sie im [Beschlussprotokoll](#) des 121. Dt. Ärztetags.
- **Kritik des Deutschen Ärztetages, die ärztliche Sprechstundenpflicht von 20 auf 25 Stunden pro Woche heraufzusetzen**
Deutliche Kritik übte der Deutsche Ärztetag an den Plänen der Großen Koalition, die ärztliche Sprechstundenpflicht von 20 auf 25 Stunden pro Woche heraufzusetzen.
Dies sei ein "noch nie dagewesenen Eingriff" in die Kompetenzen der ärztlichen Selbstverwaltung. Damit werde Einfluss auf den Mantelvertrag der Selbstverwaltungspartner genommen. Regionale Besonderheiten in der Versorgung müssten berücksichtigt werden. Die Regelung ausdrücklich auf gesetzlich Versicherte zu beziehen, treibe zudem einen Keil in die Patientenschaft. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Einführung der Widerspruchslösung zur Organspende**
Der 121. Deutsche Ärztetag 2018 hat den Gesetzgeber aufgefordert, das Transplantationsgesetz (TPG) entsprechend zu ändern. Es könne von jeder Bürgerin und jedem Bürger nach der gesetzlich in § 2 Abs. 1 TPG geregelte Aufklärung durch die Krankenkassen erwartet werden, dass sie sich mit der Problematik auseinandersetzen und im Falle einer tatsächlichen Ablehnung ihr „Nein“ zur Organspende formulieren, heißt es in der Entschlüsselung. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Werbeverbot für Abtreibungen soll bleiben**
Der Ärztetag hat sich gegen einen Wegfall oder eine Einschränkung des Werbeverbotes für Abtreibungen nach Paragraf 219a StGB ausgesprochen.
BÄK-Präsident Professor Frank Ulrich Montgomery räumte ein, dass einige Formulierungen zum Werbeverbot zwar nicht mehr "up to date" seien. "Das Wichtigste ist jedoch, Menschen in Not zu helfen – Ärzten und Frauen." Am Ende einer langen Rednerliste stimmten die Delegierten dann für die Beibehaltung des Werbeverbots, forderten aber zugleich eine Stärkung der neutralen Information, der individuellen Beratung und der Hilfeleistung für Frauen in Konfliktsituationen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kleine Anfragen im Bundestag

- **Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum digitalen Informationsaustausch im Gesundheitswesen**
Der digitale Informationsaustausch im Gesundheitswesen ist Thema einer Kleinen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Zentrales Element dieser Digitalisierung sei die Möglichkeit zum schnellen, sicheren und unkomplizierten Austausch von Informationen durch Patient*innen, Ärzt*innen, Pflegekräfte und andere Gesundheitsberufe.
Dazu sei zwischen Akteuren und Systemen ein gemeinsames Verständnis der Informationen nötig (semantische Interoperabilität). Bei der Einführung benötigter Standards hinke Deutschland hinterher. Die Abgeordneten wollen nun wissen, welche Strategien die Bundesregierung in dem Zusammenhang verfolgt. Die Fragen und die Antworten der Bundesregierung finden Sie [hier](#).
- **Gesundheitliche Auswirkungen bei minderjährigen Kindern aus Trennungsfamilien in unterschiedlichen Betreuungsmodellen**
Nach möglichen gesundheitlichen Auswirkungen von unterschiedlichen Betreuungsmodellen bei minderjährigen Kindern aus Trennungsfamilien fragt die FDP-Fraktion die Bundesregierung. In einer Kleinen Anfrage (19/2052) erkundigen sich die Abgeordneten nach der Zahl der Ehescheidungen sowie Trennungen von verpartnerten Paaren und eingetragenen Lebenspartnerschaften sowie Paaren in eheähnlichen Lebensgemeinschaften und unverheirateten Eltern mit minderjährigen Kindern im Zeitraum von 2012 bis 2017. Unter anderem wollen sie wissen, bei wie vielen der Verfahren vor Familiengerichten die betroffenen Kinder aufgrund von physischen und/oder psychischen Beschwerden in ärztlicher/psychologischer Behandlung sind oder waren. Die Zahlen seien gegebenenfalls nach Residenzmodell und Wechselmodell aufzuschlüsseln. Beim familienrechtlichen Wechselmodell werden die Kinder von beiden Elternteilen im Wechsel zeitlich annähernd gleich lang betreut. Beim Residenzmodell leben die Kinder nach der Trennung bei einem Elternteil.
Die Fragen und die Antworten der Bundesregierung finden Sie [hier](#).
- **Hohes Armutsrisiko bei Erwerbsminderungsrente -
Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen**
Trotz der von der Großen Koalition in der letzten Legislatur verabschiedeten Maßnahmen, haben Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner weiterhin ein hohes Armutsrisiko. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen hervor. Die durchschnittliche EM-Rente liegt noch immer unter dem Grundsicherungsbedarf. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion hervor, über die das RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) heute berichtet. Die Antwort der Bundesregierung finden Sie [hier](#).
- **Zukunft der elektronischen Gesundheitskarte -
Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage von Abgeordneten und der FDP-Fraktion**
Mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) waren große Hoffnungen verbunden. Eine Digitalisierung im Gesundheitssektor bietet viele Chancen, etwa für die bessere Nutzbarkeit von Daten, Einsparungen und den Abbau von Bürokratie. Insgesamt läuft die Einführung der eGK schleppend, zudem sind bislang kaum Vorteile und Verbesserungen im Vergleich zur alten Kranken-

versicherungskarte erkennbar. Von den ursprünglich geplanten Funktionen sind bis heute nur Basisfunktionen nutzbar. Die Antwort der Bundesregierung finden Sie [hier](#).

- **Materialien zu „Trans- und Intersexualität“**

Das BMFSFJ hat die Publikationsreihe der Begleitmaterialien zur Interministeriellen Arbeitsgruppe „Trans- und Intersexualität“ unseres Hauses der letzten Legislaturperiode zwecks besserer Auffindbarkeit durchgängig nummeriert und auf der Website des BMFSFJ einheitlich auffindbar eingestellt.

Die Publikationsreihe finden Sie [hier](#).

Band 12 enthält eine Zusammenfassung schriftlicher Kerninhalte des Begleitprozesses und gleichzeitig können Sie sich einen Überblick über die wichtigsten Erkenntnisse verschaffen.

- **Weitere Kassen und Versicherer starten eGesundheitsakte**

Mehrere Krankenkassen und Privatversicherer wollen eine gemeinsame elektronische Gesundheitsakte starten. Über eine App sollen Patient*innen etwa Befunde, Laborwerte und Notfalldaten speichern und abrufen können.

Zu den Kassen gehören Allianz, DAK, Bahn BKK, IKK Classic, Barmenia, Gothaer und die Süddeutsche Krankenversicherung. Anbieten wollen die ersten Versicherungen die App namens „Vivy“ ab Juli. Patient*innen sollen sie kostenlos und freiwillig nutzen können. Das Angebot könnte den Angaben zufolge künftig bis zu 25 Millionen Versicherte erreichen.

Nach jahrelangem Gezerre um zusätzliche Funktionen der elektronischen Gesundheitskarte will die Bundesregierung nach eigenem Bekunden bei der Digitalisierung vorankommen. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, bis 2021 eine elektronische Patientenakte einzuführen. Die AOK und die Techniker Krankenkasse haben bereits eigene Angebote vorgestellt. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kinder und Jugendliche

- **Broschüre "UN-Kinderrechtskonvention geschrieben für junge Menschen"**

Mit der Broschüre „UN-Kinderrechtskonvention geschrieben für junge Menschen“ möchte die Deutsche Kinderhilfe dazu beitragen, dass die Kinderrechte in der Öffentlichkeit bekannter werden.

Die UN-Kinderrechtskonvention ist aber in einer Sprache formuliert, die Kinder nur schwer verstehen. In dieser Broschüre sind die Rechte für Kinder verständlich erklärt. Zusätzliche Informationen und Fallbeispiele regen zur Diskussion an. Die Broschüre finden Sie [hier](#).

- **Zur Situation des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) im Jugendamt: Neue Studie deckt strukturelle Defizite und Missstände auf**

Die Deutsche Kinderhilfe hat heute gemeinsam mit Kathinka Beckmann, Professorin für klassische und neue Arbeitsfelder der Pädagogik der Frühen Kindheit an der Hochschule Koblenz, Monika Goral, Leiterin des Jugendamtes Mitte von Berlin, und Kerstin Kubisch-Piesk, Leiterin des Regionalen Sozialpädagogischen Dienstes, Region Gesundbrunnen, die Ergebnisse der bundesweiten Studie „Zur Situation des ASD im Jugendamt: Soziale Arbeit in strukturellen Zwängen“ vorgestellt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Vorstellung der Zahlen kindlicher Gewaltopfer - Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2017**

Statement des Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung Rörig:

„Cybergrooming, sexueller Missbrauch und das Filmen dieser entsetzlichen Taten sind für tausende Kinder Realität. Besonders erschreckend sind der Anstieg härtester Gewaltszenen sowie die zunehmende Zahl von Missbrauchsabbildungen von Kleinkindern und Babys. Wir müssen davon ausgehen, dass sich der Missbrauch tausender Kinder unerkannt fortsetzt.“ Er verweist auch auf die zunehmende Gefahr sexueller Gewalt durch die digitalen Medien: „Kinder- und Jugendschutz findet im Internet nicht statt. Der Jugendmedienschutz muss jetzt dringend modernisiert und die IT-Wirtschaft auch gesetzlich verpflichtet werden, den Kinder- und Jugendschutz im Netz zu verwirklichen.“ Rörig fordert mehr geschultes Personal bei Justiz und Strafverfolgung. Auch die Ermittlungsmöglichkeiten müssen

ten rechtlich und technisch verbessert und dem Internetzeitalter angepasst werden: „Sexualstraftäter dürfen sich in Deutschland nicht länger sicher fühlen.“

Weitere Informationen sowie die vollständige digitale Pressemappe finden Sie [hier](#).

- **Hilfe und Informationen für Betroffene, Angehörige und weitere Interessierte zum Thema sexueller Kindesmissbrauch:**

Weitere Informationen über den Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs finden Sie [hier](#).

Weitere Informationen über „Kein Raum für Missbrauch“ finden Sie [hier](#).

Weitere Informationen über „Schule gegen sexuelle Gewalt“ finden Sie [hier](#).

Weitere Informationen über „Hilfeportal sexueller Missbrauch“ finden Sie [hier](#).

- **Bericht zum Workshop "Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher in Deutschland - Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse: Priorisierung von Handlungsfeldern"**

Die Aktion Psychisch Kranke e.V. (APK) hat, gefördert durch das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), von 2014 bis 2017 eine Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse der Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher in Deutschland durchgeführt. Am 11.04.2018 fand der Workshop zur Zwecke der Priorisierung von Handlungsfeldern statt. Die Präsentationen der Vorträge finden Sie [hier](#) und den kompletten Bericht finden Sie [hier](#). Hier wurden eklatante Zustände deutlich, die dringend politischen Handlungsbedarf erforderlich machten. So beginnen laut den Ergebnissen der Bedarfsanalyse ca. $\frac{3}{4}$ der psychischen Erkrankungen in Kindheit, Jugend oder Adoleszenz. Dennoch blieben derzeit ca. 50% der psychisch erkrankten Kinder und Jugendlichen unbehandelt. Unbehandelte, frühkindliche Belastungen würden Folgekosten von ca. 11-38 Mrd. € pro Jahr verursachen und stellen damit die teuersten Langzeitfolgen im gesundheitlichen Bereich.

Als Fazit lässt sich vor allem zusammenfassen, dass der Fokus auf die Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher bisher vernachlässigt wurde. Durch die hohen Prävalenzen im Kindes- und Jugendalter wird die Relevanz der Früherkennung und -förderung jedoch deutlich, sowie der Blick dafür, dass Prävention ein weites Feld ist, insbesondere in Bezug auf Chancengleichheit.

Für eine Vereinheitlichung der Schnittstellenzusammenarbeit gab es den Vorschlag, den Landesjugendämtern mehr Kompetenzen zuzugestehen. Die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Jugendämtern werde v.a. von den Kinder- und Jugendärzten oft übersehen. Hier bedarf es mehr Sensibilisierung der ärztlichen Kollegen auf die Kompetenzen der pädagogischen Arbeit.

Als weiterer wichtiger Punkt, v.a. in der Unterstützung der Angehörigen, wurde auch der Aufbau von Selbsthilfegruppen erachtet.

Karolin Stengel (Sprecherin der DGVT-Fachgruppe KiJu)

Niedergelassene

- **Aufruf zur Teilnahme an unsere DGVT-Mitglieder: Zweite Teilstudie zur Evaluation der Reform der Psychotherapie-Richtlinie**

Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK), die Landespsychotherapeutenkammern und das Institut für Medizinische Psychologie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) haben im November 2017 gemeinsam eine Onlinebefragung der Vertragspsychotherapeutinnen und Vertragspsychotherapeuten durchgeführt, um die Auswirkungen der Reform der Psychotherapie-Richtlinie zu untersuchen. Diese Befragung war der erste Teil eines Projekts, an den sich nun der zweite Teil anschließt. Hierfür werden noch Vertragspsychotherapeutinnen und Vertragspsychotherapeuten gesucht, die bereit sind an der Studie teilzunehmen und ihre Patientinnen und Patienten, die die psychotherapeutische Sprechstunde genutzt haben, über die Studie zu informieren und sie um Teilnahme an der Befragung zu bitten.

Die Rekrutierung der Patientinnen und Patienten, die die Sprechstundenleistung in Anspruch genommen haben, soll über die vertragspsychotherapeutischen Praxen im Zeitraum von Anfang Juni bis Ende August 2018 stattfinden. Der Erhebungszeitpunkt für die zweite Befragung der Patienten ist für Februar 2019 vorgesehen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

DGVT-BV-Mitglieder-Info: Europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) gilt ab 25. Mai 2018

Die wichtigen Änderungen für Praxen durch die mittlerweile in Kraft getretene Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) haben wir für unsere Mitglieder erarbeitet und in übersichtlichen Themenblöcken inklusive dazugehöriger Muster-Texte im [internen Mitgliederbereich](#) veröffentlicht. Es finden sich dort auch eine Reihe von „FAQs“ mit rechtlichen Hinweisen zu datenschutzrelevanten Fragen sowie zu Themen rund um die psychotherapeutische Schweigepflicht.

- **Monitor Patientenberatung: Kritik an der Kommunikation von Kassen und medizinischer Beratung**

Kommunikationsdefizite und Schwierigkeiten beim Zugang zur richtigen Therapie inklusive Terminvergabe in Praxen – das sind zwei wesentliche Kritikpunkte, die aus dem "Monitor Patientenberatung 2017" hervorgehen. (...) So würden für Patienten insbesondere Zwischeninformationen oft wie echte Entscheidungen wirken. Sie fühlten sich von den Kassen dazu gedrängt, die ihnen zustehenden Rechte einer Überprüfung ihrer Ansprüche auf dem Verwaltungsweg nicht auszuschöpfen. Zugleich würden ihnen häufig Lösungen angeboten, die für die Kassen günstiger sind (...).

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Schriftliche Urteilsbegründung des Bundessozialgerichts („Beschluss des Bewertungsausschusses zur „Honorargerechtigkeit“) liegt vor – Bitte weiterhin Honorarwiderspruch einlegen!**

Das Bundessozialgericht hatte mit Urteil vom 11.10.2017 den Strukturzuschlag für rechtmäßig erklärt, der jedoch nur überdurchschnittlich ausgelasteten Praxen zu Gute kommt. Damit ist das BSG von seiner bisherigen Rechtsprechung zur angemessenen Vergütung psychotherapeutischer Leistungen abgewichen. Diese sah u.a. vor, dass es eine einheitliche Vergütung je Zeiteinheit geben muss.

Vorbehaltlich einer ausführlicheren Besprechung dieses zentral wichtigen Urteils des Bundessozialgerichts vom 11.10.2017 (geplant für die kommende Ausgabe unserer Verbandszeitschrift VPP), möchten wir unsere Mitglieder an dieser Stelle weiterhin dazu auffordern, regelmäßig Honorarwiderspruch gegen die Quartalsabrechnung einzulegen.

Regional spezifisch ausgearbeitete Muster-Texte des DGVT-BV stehen im Mitgliederbereich zur Verfügung und werden regelmäßig per E-Mail versandt an unsere Mitglieder.

- **WHO veröffentlicht die ICD-11**

Nach 26 Jahren hat die Weltgesundheitsorganisation die Klassifikation der Todesursachen und Krankheiten auf eine neue Grundlage gestellt. Die ICD-11 ist Mitte Juni veröffentlicht worden.

Exzessives Computer- oder Videospiele gilt nach dem neuen Verzeichnis der Weltgesundheitsorganisation (WHO) demnächst als Krankheit. Gaming Disorder oder Online-Spielsucht wird in den neuen Katalog der Krankheiten (ICD-11) aufgenommen, wie die WHO beschlossen hat, hinter Glücksspielsucht. Die Aufnahme ist unter Wissenschaftler*innen umstritten. Vladimir Poznyak vom WHO-Programm Suchtmittelmissbrauch dagegen ist der Meinung, dass die Abgrenzung zwischen Spielspaß und Sucht klar definiert sei, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. "Die Aufnahme in den Katalog dürfte weitere Forschung auf dem Gebiet stimulieren."

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Telematikinfrastruktur – Eine „Neverending Story“?**

Die Frage, welches der richtige Zeitpunkt ist, sich der Telematik anzuschließen mit der eigenen Praxis, ist derzeit immer noch strittig. Die FDP hat nun in einem entsprechenden Antrag an den Deutschen Bundestag gefordert, die Frist zur Einführung der Telematikinfrastruktur (TI) zu verlängern. Die FDP stellt darin im Wesentlichen drei Forderungen auf (Antrag vom 12. Juni 2018): Die Bundesregierung soll die Frist für die Einführung der TI mindestens bis zum 1. Juli 2019 verlängern; die Vergütungskürzungen für die verspätete Einführung zurücknehmen, um stattdessen eine „angemessene Sanktionsmöglichkeit vorzusehen“ und über den Stand der Einführung am 31.10.2018 berichten. Derzeit sei nur eine geringe „Anzahl von Anbietern auf dem Markt“. Dadurch sei nicht davon auszugehen, dass die flächendeckende Einführung bis zum Jahresende realistisch sei. Die gesetzliche Grundlage für die „TI“ ist das E-Health-Gesetz. Den Antrag der Bundestagsfraktion der FDP finden Sie [hier](#).

Kostenerstattung

- **Kassenwatch: Newsletter kann abonniert werden**

Das Kassenwatch-Team stellt regelmäßig einen Newsletter zur Verfügung, in dem aktuelle und für Kostenerstattungs-Praxen wichtige Themen besprochen werden. Eine aktuelle Umfrage unter Praxen brachte wichtige Informationen über einzelne Kassen und deren Umgehensweise mit Anträgen. Das Kassenwatch-Team steht im Kontakt mit Bundestags-Abgeordneten zu den aufgedeckten Missständen. Die aktuelle Umfrage unter Mitgliedern der Mailingliste Kostenerstattung des DGVT-BV ergab, dass gerade besonders vulnerable Patient*innen große Schwierigkeiten haben, Zugang zu Psychotherapie zu erhalten. Uns liegen Dokumente vor, die darlegen, dass Kassen teils Anträge gar nicht annehmen zur Bearbeitung und unbearbeitet zurücksenden mit dem Hinweis, dass Anträge im Kostenerstattungsverfahren nicht bearbeitet werden. Die AOK plus bspw. verwendet einen solchen Musterbrief.

Unter textarchiv@kassenwatch.de werden Dokumente entgegengenommen, die das Handeln der Kasse belegen. Insbesondere suchen wir nach neuen Argumentationen oder Strategien der Kassen, die für eine juristische Prüfung interessant sein könnten.

Weitere Informationen zum Projekt „Kassenwatch“ und den Link für die Anmeldung zum Newsletter finden Sie [hier](#).

- **Wichtiges Urteil zur Kostenerstattung des SG Berlin vom 19.4.2018**

Ein ganz aktuelles Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 19.4.2018 zur Kostenerstattung könnte für Patient*innen, Behandler*innen und für die Kassen wichtige Orientierung geben. Wir veröffentlichen im Folgenden eine Urteilsbesprechung der Anwaltskanzlei Christmann (mit freundlicher Genehmigung von Herrn Rechtsanwalt Philip Christmann): „Ein Patient kann sich auch von einem nicht zugelassenen Psychotherapeuten auf Kosten seiner gesetzlichen Krankenversicherung behandeln lassen, wenn die Krankenversicherung es vorher versäumt hat, ihrer Aufklärungs- und Beratungspflicht gemäß §§ 13, 14 SGB I und ihrer Verpflichtung gemäß § 17 Abs. 1 Nr. 1 SGB I, nachzukommen und darauf hinzuwirken, dass jeder Berechtigte die ihm zustehenden Sozialleistungen zügig erhält und es dem Patienten deshalb nicht gelungen ist, mit den ihm zumutbaren Anstrengungen einen Therapieplatz bei einem zugelassenen behandlungsbereiten Leistungserbringer zu erlangen (Sozialgericht Berlin, Urteil vom 9. April 2018 – S 81 KR 1002/17). Die Entscheidung zeigt einen - wenn auch steinig - Weg zur Kostenerstattung im Bereich der Psychotherapie auf (...).“ Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Bundespolizist*innen können auf Privatpraxen zurückgreifen - BpTK schließt Vereinbarung mit dem Bundesministerium des Inneren**

Bundespolizist*innen sind ab sofort nicht mehr darauf angewiesen, einen freien Behandlungsplatz in einer psychotherapeutischen Praxis mit Kassenzulassung zu finden. Sie können sich jetzt für die Behandlung unmittelbar an eine Privatpraxis wenden. Dazu hat die Bundespsychotherapeutenkammer (BpTK) eine Vereinbarung mit dem Bundesministerium des Inneren geschlossen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Regionales

- **Baden-Württemberg: Auftaktveranstaltung der Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“**

Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann hat am 7.6.18 gemeinsam mit dem Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, die bundesweite Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ für Baden-Württemberg vorgestellt. Die Initiative soll Schulleitungen und Kollegien fachlich unterstützen, sich mit dem Thema sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche auseinanderzusetzen und Kinderschutz im Schulalltag noch breiter zu verankern. Ziel der Initiative ist es, dass alle Schulen passgenaue Konzepte zum Schutz vor sexueller Gewalt erarbeiten oder weiterentwickeln. Informationen zur Initiative und die Pressemappe finden Sie [hier](#).

- Sprechstunde im Theaterhaus – Talkrunde mit Prominenz**

Mit dem Ziel, Gesundheitsfragen im kulturellen Raum zu verankern, startete die AOK Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Theaterhaus Stuttgart und den Stuttgarter Nachrichten ein neues Veranstaltungsformat. Zum Auftakt der „Sprechstunde im Theaterhaus“ Mitte April ging es um das Thema Stress. Aus gutem Grund: Jahr für Jahr wird etwa die Hälfte der 4,3 Millionen AOK-Versicherten in Baden-Württemberg wegen Krankheiten behandelt, die durch Stress verursacht werden können. Die Talkgäste Heinz Rudolf Kunze und Judith Holofernes sprachen mit Professor Martin Bohus vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit und Moderatorin Britta Wiegand über Methoden zur Stressbewältigung und Stärkung der psychischen Fitness. Dabei erfuhren die über 400 Besucherinnen und Besucher Details aus dem Leben der Künstler – etwa wie die Ex-Frontfrau der Band „Wir sind Helden“ oder Sänger Kunze mit dem enormen Druck im Showbusiness umgehen.
- Hamburg: Bürgerschaft gibt Beamten Wahlfreiheit**

Die Bürgerschaft der Stadt Hamburg stärkt die Freiheit von Beamten, ihre Krankenversicherung frei zu wählen. Ab 1. August gibt die Hansestadt Beamten die – freiwillige – Option, alternativ zur bisherigen individuellen Beihilfe eine sogenannte "pauschale Beihilfe" zu wählen. Die trägt die Hälfte der anfallenden Kosten einer Krankenvollversicherung, und zwar unabhängig davon, ob eine Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung oder in der PKV besteht. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Niedersächsischer Gesundheitspreis**

Bereits zum achten Mal wird der Niedersächsische Gesundheitspreis von den Niedersächsischen Ministerien für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, der AOK Niedersachsen, der Apothekerkammer Niedersachsen sowie der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen ausgeschrieben.

In den folgenden Preiskategorien sollen Beispiele guter Praxis ausgezeichnet werden:

 - Gesund Aufwachsen in der digitalen Welt
 - Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung im Gesundheitswesen
 - eHealth – Innovative Lösungen zur Verbesserung der Versorgung und Gesundheitskompetenz

Bewerbungen können bis zum 10. August 2018 online bei der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V. eingereicht werden. Weitere Informationen finden Sie [hier](#). Zum Online-Bewerbungsformular gelangen Sie [hier](#).
- Ärztammer Nordrhein will Berufsordnung ändern**

Aus Sicht der Ärztekammer Nordrhein habe der Ärztetag einen guten Weg gefunden, der auch ausschließliche Fernbehandlung im Einzelfall unter definierten Voraussetzungen erlaubt. „Der Goldstandard bleibt zwar die persönliche Begegnung und die persönliche Befunderhebung, aber der erste Kontakt mit einem Patienten mittels Tele-Konsultation wird ebenfalls zulässig“, so die Kammer unter Leitung von Präsidenten Rudolf Henke.

Der Vorstand der Bundesärztekammer werde eine „Projektgruppe Fernbehandlung“ einsetzen, die sich um die offenen Fragen bezüglich Organisation, Umsetzung und rechtlicher Rahmenbedingungen der ausschließlichen Fernbehandlung kümmern soll. Das betreffe beispielsweise Fragen zur Qualitätssicherung, zu Dokumentation und Aufklärung, zu Datenschutz und Datensicherheit sowie zur Abrechnung. „Der Vorstand der Ärztekammer Nordrhein wird die in Erfurt verabschiedeten Regelungen zur Änderung der (Muster) Berufsordnung übernehmen und nach Klärung der noch offenen Fragen einen entsprechenden Antrag auf Änderung ihrer Berufsordnung in die Kammerversammlung einbringen. Wird dieser Antrag von der Kammerversammlung angenommen, bedarf es einer Genehmigung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie einer Veröffentlichung im Ministerialblatt, bevor die Änderungen der Berufsordnung rechtsverbindlich sein wird“, so die Aussage aus Nordrhein.

Termine – DGVT-Fortbildung

- **6. Tagung Psychotherapie-State-of-the-Art "Aktuelle Ansätze der Traumatherapie"**
15.-16. September 2018 in Potsdam.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **17. DGVT-Praxistage der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie "Am Limit"**
am 03.-04. November 2018 in Münster.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Spieltherapeutische Interventionen in der Verhaltenstherapie - Einführung**
15.-16. Juni 2018 in Reutlingen.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie - Aufbauseminar 5: Achtsamkeitsorientierte und emotionsfokussierte Interventionen in der Paartherapie**
29.-30. Juni 2018 in Berlin.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychopharmakologie**
07. Juli 2018 in Dortmund.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Traumatherapie (DGVT) - Behandlung komplexer Traumatisierung**
07.-08. Juli 2018 in München.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Spieltherapeutische Interventionen in der Verhaltenstherapie**
Start der Reihe: 27. Juli 2018 in Reutlingen.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Einführung in die Therapie mit komplex-traumatisierten dissoziativen PatientInnen**
01.09.2018 in Dortmund.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Behandlung posttraumatischer Belastungsstörungen mit EMDR**
07.-08. September 2018 in Köln.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychotherapie bei chronischer Depression - Weiterbildung zum/zur CBASP TherapeutIn - Seminar II: Aufbauworkshop**
08.-09. September 2018 in Dortmund.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Auf den Hund gekommen... Über den Einsatz von Hunden in der Psychotherapie mit Kindern und Jugendlichen**
15. September 2018 in Hannover.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Suizidalität: Risikoabschätzung & Krisenintervention**
29. September 2018 in Münster.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Verhaltenstherapie in Gruppen - Ergänzungsqualifikation zur Abrechnungserweiterung**
Start der Reihe: 29. September 2018 in Konstanz.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – DGVT-BV-Fortbildung

- **Approbation - was nun?**
20. Oktober 2018 in München.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Approbation - was nun?**
27. Oktober 2018 in Hannover.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Wirtschaftliche Praxisführung**
23.-24. November 2018 in Frankfurt am Main.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine der Landesgruppen

- **Berlin**
Der nächste Stammtisch der Berliner Landesgruppe findet am Montag 2. Juli um 19 Uhr in der Institutsambulanz der DGVT KJP in der Innsbruckerstraße 14-15 statt. Folgende Themen sollen angesprochen werden: Neues aus der Kammer und Neues aus der KV. Um 20 Uhr spricht Matthias Bujarski (Verdi Vertreter und Mitglied der Kammer) zum Thema: „Psychotherapie in Anstellung zwischen Anspruch und Realität“.
- **Hamburg**
Das nächste Netzwerktreffen Kostenerstattung der Hamburger Allianz unter Beteiligung der DGVT findet am Dienstag, 26. Juni 2018 von 20.00 - 21.45 Uhr an der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1, Raum OST 221 statt. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Niedersachsen**
Das jährliche Mitgliedertreffen mit Fortbildung findet am Samstag, 27. Oktober 2018 in den Räumlichkeiten des Freizeitheimes Vahrenwald in Hannover statt. Das Fortbildungsthema ist EMDR bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Eine Einladung folgt.
- **Thüringen**
Das DGVT-Landesgruppentreffen Thüringen findet statt am Mittwoch, 20. Juni 2018 um 16.30 Uhr im Nerly (Marktstraße 6, 99084 Erfurt). Detaillierte Informationen finden Sie [hier](#).